

Pressemitteilung Stadt Borkum vom 14.07.2016

EU-Beschwerde eingereicht!

Die Klagegemeinschaft Borkum-Jemgum-Krummhörn hat eine Beschwerde an die europäische Kommission eingereicht. In der Beschwerde wird die Verletzung europäischen Umweltrechts durch das RWE-Kohlekraftwerk Eemshaven und die von der niederländischen Wasserbehörde Rijkswaterstaat geplante Vertiefung der Außenems dargelegt.

In den geführten Genehmigungsverfahren für die beiden Projekte machte die Klagegemeinschaft deutlich, dass der ökologische Ist-Zustand im Emsästuar unvollständig und fehlerhaft dargestellt worden ist und die sich durch die Projekte ergebenden Auswirkungen mangelhaft bewertet worden sind.

Für die im Emsästuar geplanten Projekte wurden unvollständige Untersuchungen getätigt, so dass erhebliche Beeinträchtigungen unentdeckt blieben. Dabei spielen die Stickstoff- und Quecksilberemissionen des RWE-Kohlekraftwerks Eemshaven in Summation mit weiteren Vorhaben im Emsästuar eine bedeutende Rolle.

Gemessen an der gegenwärtigen deutschen Unterhaltung in der Außenems in Höhe von 7 Mio. m³, wird die Baggergutmenge um 41,4 % ansteigen, wenn die niederländischen und deutschen Vertiefungen der Außenems realisiert werden. Die Bemühungen des „Masterplan Ems 2050“ werden somit unterminiert, so dass weiterhin der ökologisch schlechte Zustand der Ems zu erwarten ist.

Nicht nachvollziehbar ist die Tatsache, dass in den zurückliegenden Genehmigungsverfahren die Stellungnahmen des NLWKN und der Nationalparkverwaltung Niedersächsisches Wattenmeer unberücksichtigt blieben. Die Stellungnahmen beinhalten deutliche Forderungen und eindringliche Warnhinweise zu den schlechten ökologischen Erhaltungszuständen von Arten und Lebensräumen im Emsästuar.

Es ist weiterhin die Verklappung problematischer Bodenarten am Verklappungspunkt P1 an der Gebietsgrenze der Schutzzone I des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer vorgesehen. Laut Rijkswaterstaat wird eine Eintrübung der Wassersäule bis zu 3,5 km tief in den Nationalpark erfolgen. Es liegt keine Genehmigung der Nationalparkverwaltung für diesen erheblichen Eingriff vor. Auch der vom NLKWN geforderte Sedimentmanagementplan wurde nicht vorgelegt.

32 von insgesamt 35 Gemeinden haben bereits die Resolution der Ostfriesischen Inseln unterschrieben und sich gegen das Kohlekraftwerk Eemshaven und die Vertiefung der Außenems ausgesprochen. Mit der Resolution wird die Betroffenheit der gesamten Region Ostfriesland offensichtlich.

Weiterführende Informationen sind auf der Webseite der Stadt Borkum einsehbar: stadt-borkum.de, Reiter „Natur & Umwelt“, Thema „EU-Beschwerde“.